

Kultur



Landtag verweigert den Musikschulen höheren Etat - Kassen der Musikschulen klingeln nur wenig

Seit 13 Jahren hat Brandenburgs Landesregierung den Etat der Musikschulen des Landes nicht mehr angepasst. Und dies soll sich auch im kommenden Jahr nicht ändern. Rot-Rot genehmigte mit 2,6 Millionen Euro für musikalische Bildung lediglich die gleiche Summe wie auch schon im Jahr 2001.

Trotz steigender Schülerzahlen müssen die Musikschulen weiter mit dem bisherigen Etat auskommen. Mit den Stimmen der rot-roten Mehrheit beschloss der Landtag am Mittwoch, dass Brandenburgs Musikschulen auch künftig lediglich 2,6 Millionen Euro jährlich bekommen – die gleiche Summe wie auch schon 2001.

Kritik an der Entscheidung übte der Verband der Musik- und Kunstschulen in Brandenburg. Angesichts steigender Schülerzahlen und Personalkosten hätte das Land handeln und die Fördermittel erhöhen müssen, so ihr Geschäftsführer Thomas Falk.

Zwangsläufig könnten nun weniger Schüler aus sozial benachteiligten Familien unterstützt werden; auch die intensive Talentförderung in den Musik- und Kunstschulen sei nicht mehr

gewährleistet. Brandenburgs Kulturministerin Sabine Kunst bestreitet das: Unterrichtsqualität sei nicht allein vom Geld abhängig; so könne beispielsweise auch der Gruppenunterricht an den Musikschulen ausgebaut werden.

Etat seit 13 Jahren unverändert

Nach Angaben des Landesverbandes war zuletzt die Zahl der Schüler allein an den Musikschulen von 28.000 im Jahr 2001 auf aktuell über 35.000 gestiegen. Gleichzeitig ist in dieser Zeit aber der Etat von 2,6 Millionen nicht gestiegen. Unter anderem wegen höherer Personalkosten deckt dieser Betrag nach Verbandsangaben aber aktuell nur noch neun Prozent des finanziellen Gesamtbedarfs. Dem Verband zufolge belegt Brandenburg damit im Bundesvergleich den letzten Platz.

Die märkischen Kommunen übernehmen derzeit 50 Prozent der Kosten für die Musikschulen, die Eltern 40 Prozent.

Stand vom 22.01.2014